

1

Bonn, 5. Dezember 1950

Anwesend: Adenauer, Bach, von Brentano, Dichtel, Dörpinghaus, Frau Gröwel, Holzappel, Kaiser, Kather, Kiesinger, Majonica, Samsche, Schreiber, Schröter, Strickrodt, Zimmer sowie Lubbers (Protokollführer).

Kreis der Teilnehmer an den Sitzungen des Vorstandes. Vorbereitung der Sitzung des Parteiausschusses: Wahlen in Berlin, Hessen, Württemberg-Baden; Auseinandersetzung um Arnold und Niemöller. Organisationsfragen: Auflösung der Generalsekretariate in Frankfurt und Köln und Einrichtung der Bundesgeschäftsstelle, Personalfragen, Finanzprobleme. Wahl eines geschäftsführenden Vorstandsmitglieds.

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 21.00 Uhr

Adenauer teilte eingangs mit, der Vorsitzende des Landesverbandes Hessen, Hilpert¹, habe in einem Brief mitgeteilt, er sei an der Teilnahme verhindert, ebenso sein Vertreter Lünendonk². Er bitte, den Landesgeschäftsführer Wolfermann³ als seinen Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Adenauer stellte die Frage, ob nichtgewählte Stellvertreter an den Vorstandssitzungen teilnehmen können.

Von Brentano⁴ sprach sich gegen die Teilnahme Wolfermanns aus.

Beschluß: Aus prinzipiellen Gründen können an den Vorstandssitzungen nur ordentliche Vorstandsmitglieder oder ihre gewählten Vertreter teilnehmen.

Adenauer sprach im Namen des Vorstandes und der CDU Deutschlands dem

-
- 1 Dr. Werner Hilpert (1897–1957), 1926 Stadtverordneter in Leipzig (Zentrum), 1932 Landesvorsitzender in Sachsen, Mitgründer und Vorsitzender des CDU-Landesverbands Hessen (bis 1952), 1945–1951 stv. Ministerpräsident von Hessen, 1946–1947 Minister für Wirtschaft und Verkehr, 1947–1950 der Finanzen, 1946–1947 und 1950–1952 MdL, 1949 MdB, 1952–1957 Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbahn.
 - 2 Heinrich Lünendonk (geb. 1906), Mitgründer der CDU Hessen, 1946–1971 Landesversicherungsanstalt Hessen (1950–1964 Vizepräsident, 1964–1971 Direktor des Vorstands), 1948–1966 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Hessen, 1950–1965 Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik.
 - 3 Willi Wolfermann (1898–1973), 1924–1930 Generalsekretär der nassauischen Zentrums-partei, Mitgründer der CDU, 1946–1948 Geschäftsführer des Bezirksverbands Frankfurt, 1948–1957 des Landesverbands Hessen.
 - 4 Dr. Heinrich von Brentano (1904–1964), Mitgründer der CDU, 1946–1949 MdL Hessen, 1948–1949 MdPR, 1949–1964 MdB (1949–1955 und 1961–1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion), 1955–1961 Außenminister. Vgl. Klaus GOTTO in LEBENS-BILDER 4 S. 225–239; Arnulf BARING/Daniel KOERFER in PORTRÄTS 1 S. 74–86.

Landesverbandsvorsitzenden von Berlin, Walther Schreiber⁵, den Glückwunsch und den Dank der Partei für den Wahlerfolg in Berlin⁶ aus. Er bezeichnete diesen Sieg als einen Erfolg der ausgezeichneten Organisation der Berliner. Die Berliner Wähler hätten mit dieser Wahlentscheidung für Deutschland viel getan. Dr. Adenauer bat, den Dank der Partei auch den Berliner Parteifreunden zu übermitteln.

Schreiber dankte seinerseits den Freunden aus dem Westen, insbesondere Dr. Adenauer⁷, für ihre tatkräftige Hilfe im Wahlkampf.

Adenauer bezeichnete als Zweck der Vorstandssitzung die Vorbereitung des morgigen Parteiausschusses⁸ und regte an, zunächst die Wahlen in Württemberg-Baden⁹, Hessen¹⁰ und Berlin zu besprechen.

Schreiber erklärte, über die Berliner Wahlen nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck bringen zu können. Leider seien durch die Splitterparteien den antimarxistischen Parteien mindestens sechs Mandate verlorengegangen. Für die Regierungsbildung in Berlin ergebe sich die Möglichkeit, mit einer knappen Mehrheit von CDU und FDP die Regierung zu bilden. Man würde sich dann aber der geschlossenen Opposition der SPD gegenübersehen, die in Berlin sehr rigoros sei. Die meisten Freunde, mit denen er gesprochen habe, seien der Meinung, es müsse der Versuch gemacht werden, mit Reuter¹¹ ins Gespräch zu kommen. Mit Neumann¹² zu sprechen, sei sinnlos. Im übrigen käme es nicht darauf an, welche Koalition in Berlin regiere, sondern welche Politik gemacht werde. Vielleicht käme man aus nationalpolitischen Gründen in Berlin zur großen Koalition aller drei Parteien. Dies sei für die CDU aber nur dann möglich, wenn sie nicht das zu verleugnen brauche, wofür

-
- 5 Dr. Walther Schreiber (1884–1958), 1919–1933 MdPrL (DDP), 1925–1933 preußischer Minister für Handel und Gewerbe, Mitgründer und 2. Vorsitzender der CDU in Berlin und in der SBZ, 1946–1948 stv. Stadtverordnetenvorsteher von Berlin, 1947–1952 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Berlin, seit 1951 MdA, 1951–1953 Bürgermeister, 1953–1954 Regierender Bürgermeister.
 - 6 Ergebnis der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 3. Dezember 1950: SPD 44,7 %, CDU 24,6 %, FDP 23,0 %, DP 3,7 %, BHE 2,2 %, Konservative Partei 0,8 %.
 - 7 Adenauer hatte am 28. November im Berliner Sportpalast eine Wahlrede gehalten (FAZ vom 30. November; UiD vom 6. Dezember 1950).
 - 8 Protokoll nicht zu ermitteln; Kurzbericht in UiD vom 13. Dezember 1950.
 - 9 Ergebnis der Landtagswahl vom 19. November 1950: SPD 33,0 %, CDU 26,3 %, DVP 21,1 %, DG/BHE 14,7 %, KPD 4,9 %.
 - 10 Ergebnis der Landtagswahl vom 19. November 1950: SPD 44,4 %, FDP 31,8 %, CDU 18,8 %, KPD 4,7 %.
 - 11 Ernst Reuter (1889–1953), 1921 Generalsekretär der KPD (1922 Parteiausschluß), 1926–1931 Verkehrsdezernent in Berlin, 1931–1933 Oberbürgermeister von Magdeburg, 1932–1933 MdR (SPD), 1946 Verkehrsdezernent in Berlin, 1947 zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt - von den Sowjets am Amtsantritt gehindert, 1948–1949 MdPR, 1950–1953 Regierender Bürgermeister von Berlin. Vgl. Helmut ALTRICHTER in PORTRÄTS 2 S. 120–131; Jürgen ENGERT in DEMOKRATEN S. 208–221.
 - 12 Franz Neumann (1904–1974), 1946–1960 Stadtverordneter und MdA Berlin (SPD, 1951–1958 Fraktionsvorsitzender), 1946–1958 Landesvorsitzender der Berliner SPD, 1949–1969 MdB.

sie im Wahlkampf eingetreten sei. Davon allein hänge ihre zukünftige Stellungnahme ab.

Von *Brentano* schlug vor, im Parteiausschuß in erster Linie die Politik der Vergangenheit zu behandeln. Es gebe eine Reihe von Anlässen zu ernster Gewissensforschung.

Adenauer hat Bedenken dagegen, ob es richtig sei, im Parteiausschuß die Dinge in solcher Breite zu behandeln. Er wies auf die Vorfälle in Duisburg hin.¹³

Von *Brentano* sprach sich gegen die Methoden des Ministerpräsidenten Arnold¹⁴ in Duisburg aus. Der Parteiausschuß sei aber ein geschlossenes Gremium, in dem man echt diskutieren könne und diskutieren müsse. Dr. von Brentano zählte einige kritische Punkte der CDU-Politik der letzten Zeit auf, beispielsweise die Verhältnisse in der Landespartei Württemberg-Baden¹⁵. Die CDU habe dort keine einheitliche Parole über den Südweststaat gehabt, während die anderen Parteien solche Parolen hatten. Die Landespartei sei in der Auswahl einiger Kandidaten wenig glücklich gewesen. Der Fall Niemöller¹⁶ habe in Württemberg-Baden einen eigenen Akzent. Die CDU habe trotz ihrer Stärke in der vergangenen Regierung keine Aktivität gezeigt.

In Hessen hätten Niemöller und die Sozialdemokraten praktisch gemeinsam gearbeitet. Es gebe dort auch einen Zwiespalt in der CDU, wie beispielsweise die Haltung der Wiesbadener Kreispartei beweise.¹⁷

13 Auf dem Parteitag der rheinischen CDU am 3. Dezember 1950 hatte Karl Arnold (vgl. Anm. 14) ungewöhnlich scharfe Kritik an der Führung der CDU, an der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Sicherheitspolitik der Bundesregierung geübt. Vgl. FAZ vom 4. Dezember 1950; HÜWEL S. 223.

14 Karl Arnold (1901–1958), 1920 Christliche Gewerkschaften, 1925–1933 stv. Vorsitzender der Zentrums-Partei Düsseldorf, Mitgründer der CDU und des DGB, 1946 Oberbürgermeister von Düsseldorf, 1946–1958 MdL und 1947–1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 1957–1958 MdB. Vgl. HÜWEL.

15 Zu den Auseinandersetzungen um eine einheitliche Position in der Südweststaatfrage, vor allem innerhalb der nordbadischen CDU, vgl. Gerd HEPP: Die CDU im Landesbezirk Nordbaden, in CDU IN BADEN-WÜRTTEMBERG S. 126f.; zur Bildung des Südweststaats allgemein FEUCHTE S. 117–145. Bei der Wahl verlor die CDU 9 Sitze (vgl. Anm. 9).

16 Martin Niemöller (1892–1984), evangelischer Pfarrer; 1945–1956 Leiter des Kirchlichen Außenamtes der EKD, 1947–1964 Kirchenpräsident der Landeskirche von Hessen und Nassau. Niemöller hatte verschiedentlich heftig gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag opponiert. Vgl. AdG 1950 S. 2614, 2626; Dietmar SCHMIDT: Martin Niemöller. Eine Biographie. Stuttgart 1983; James BENTLEY: Martin Niemöller. Eine Biographie. München 1985.

17 Zwischen dem Kreisverband Wiesbaden und dem hessischen Landesvorstand war es nach der Wahlniederlage vom 19. November 1950 zu tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten über den bisherigen und den zukünftigen politischen Kurs der CDU gekommen. Der Kreisverband verlangte die Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung mit dem Ziel, dem Landesvorstand das Vertrauen zu entziehen und Koalitionsgespräche zu verhindern. Vgl. NL Hilpert ACDP I-021-005/3; RÜSCHENSCHMIDT S. 493ff., insbes. S. 501f.

Adenauer stellte die Frage, ob man all diese sehr delikatene Dinge vor einem so großen Gremium wie dem Parteiausschuß diskutieren könne.

Von Brentano hielt Dr. *Adenauer* entgegen, gerade diese Dinge sprächen dafür, sie offen auszudiskutieren. Nur durch eine solche Diskussion könne man zu einer einheitlichen Auffassung kommen.

*Dichtel*¹⁸ verteidigte die Landespartei Württemberg-Baden und zeigte einige Schwierigkeiten auf, unter denen sie im Wahlkampf zu leiden hatte. Als Hauptmangel bezeichnete er das Fehlen jeglicher Parteipresse in Südwestdeutschland. Im Parteiausschuß müsse auf diesen fundamentalen Umstand deutlich hingewiesen werden.

*Dörpinghaus*¹⁹ erklärte, sowohl in Hessen wie in Württemberg-Baden habe man viel zu wenig Geld für Propagandazwecke zur Verfügung gehabt.

Adenauer bemängelte in den beiden Wahlkämpfen auch die schlechte Redneureinteilung.

*Holzappel*²⁰ berichtete, in Hessen seien starke Wählerverluste unter der katholischen Arbeiterschaft eingetreten.

Von Brentano erklärte, auch die FDP habe in Hessen infam gekämpft, das gleiche gelte für Württemberg-Baden, wo insbesondere der Ministerpräsident *Maier*²¹ denkbar unfair gewesen sei.

Adenauer teilte mit, der Vorstand der FDP habe am 9. Dezember seine Vor-

18 Anton Dichtel (1901–1978), seit 1925 christlicher Gewerkschafter in Freiburg, 1929–1933 Stadtverordneter und Stadtrat (Zentrum), Mitgründer der BCSV und Stadtrat in Freiburg, 1946–1947 Staatskommissar für Ernährung, 1947–1952 MdL Baden (1949–1952 Fraktionsvorsitzender), 1948–1966 Landesvorsitzender der CDU Südbaden, 1953–1957 Staatsrat, 1956–1957 MdL Baden-Württemberg, 1957–1967 Regierungspräsident von Freiburg.

19 Bruno Dörpinghaus (geb. 1903), 1931 Mitglied der Zentrumspartei, Mitgründer der CDU Hessen (1945–1947 Landesgeschäftsführer), 1947–1951 Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, 1951–1968 Hilfsreferent im Auswärtigen Amt.

20 Dr. Friedrich Holzappel (1900–1969), vor 1933 DNVP, Mitgründer der CDU, 1945–1946 Oberbürgermeister von Herford, 1946 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion), 1946–1952 2. Vorsitzender der CDU Westfalen (1946 für die britische Zone, seit 1950 der Bundespartei), 1949–1953 MdB, 1952–1958 Gesandter bzw. Botschafter in der Schweiz.

21 Reinhold Maier (1889–1971), 1924–1933 MdL Württemberg, Vorsitzender der DDP Stuttgart, Württemberg und Hohenzollern, 1929–1933 Wirtschaftsminister von Württemberg, 1932–1933 MdR, 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1945–1953 Ministerpräsident von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (1951 auch Finanz-, 1953 Justizminister), 1953–1956 und 1957–1959 MdB, 1957–1960 Bundesvorsitzender der FDP. Vgl. Gunter BERG in PORTRÄTS 2 S. 60–70; Wilhelm HOFMANN in DEMOKRATEN S. 196–207. – *Adenauer* war bei einer Wahlkampfveranstaltung am 5. November 1950 in Stuttgart massiv gestört worden (FAZ vom 6. November 1950). Zum Wahlkampf vgl. Wilhelm HOFMANN in FDP/DVP in BADEN-WÜRTTEMBERG S. 259f.; MAIER S. 308f.

standssitzung in Bonn.²² Er habe bereits mit der FDP besprochen, die Vorfälle um Reinhold Maier zu klären.

*Bach*²³ berichtete von einem unmöglichen Flugblatt der CDU, in dem Propaganda für Hilpert, aber gegen Bonn, gemacht wurde.²⁴ Es gebe in Hessen Orte, in denen seit zwei Jahren keine CDU-Versammlung mehr gewesen sei. Die Aufbringung der Mittel für Wahlkämpfe sei eine reine Frage der organisatorischen Arbeit in den Landesverbänden.

Adenauer erklärte als Hauptgrund des Mißerfolges, es sei nicht genügend gearbeitet worden. Die Bundespartei müsse in Zukunft auch bei Länderwahlen mitreden können. Wenn man aber diese Dinge im Parteiausschuß besprechen wolle, würden sich viele getroffen fühlen, was man vermeiden könne. Er werde im Parteiausschuß den Fall Duisburg nicht anschnitten und sich nicht mit Arnold auseinandersetzen. Da der Vorstand der Bundestagsfraktion in der Hauptsache von Arnold angegriffen sei, müsse dieser in einer Fraktionsvorstandssitzung gemeinsam mit Arnold die Angelegenheit klären. Man werde dann feststellen, daß Arnold keine seiner falschen Behauptungen belegen könne.

Von Brentano erklärte sich bereit, eine solche Aussprache herbeizuführen.²⁵

*Zimmer*²⁶ mahnte, die Debatte im Parteiausschuß nicht zu breit werden zu lassen. Auf die Wahlen eingehend sagte Dr. Zimmer, kein Land könne seine Politik ganz allein machen, sondern sie müßte gestützt werden von der ganzen Partei. Dazu sei es notwendig, daß in Zukunft die Landesparteien rechtzeitig mit der Bundespartei Verbindung wegen der gemeinsamen Führung von Wahlkämpfen aufnahmen. Die Landesverbände brauchen unsere Hilfe, und wenn wir sie geben, werden wir auch die geistige Leitung der Wahlkämpfe und der Politik haben. Wesentlich sei, daß wir den Landesverbänden finanziell helfen könnten. Wenn das geschähe, würden die Landesparteien im eigenen Interesse mit der Bundespartei gemeinsam arbeiten.

22 Bei der FDP-Vorstandssitzung am 9. Dezember 1950 wurde über den Wahlkampf nicht gesprochen. Die Koalitionsfrage kam in der Gesamtvorstandssitzung der FDP am 15. Januar 1951 zur Sprache. Vgl. AdL, A 15–5, S. 16.

23 Ernst Bach (1902–1965), 1929–1933 Stadtrat in Siegen (DNVP), Mitgründer der CDU, 1946–1948 Stadtrat in Siegen, 1948–1956 Oberbürgermeister von Siegen, 1958–1965 MdL Nordrhein-Westfalen, 1950–1960 Bundesschatzmeister der CDU, 1955–1960 stv. Vorsitzender der CDU Westfalen-Lippe.

24 Entwurf des Flugblattes (o.D.), das beginnt: „Hessens CDU war für Frankfurt, nicht für Bonn“ in NL Hilpert ACDP I-021-001/1.

25 Eine derartige Aussprache ist nicht nachweisbar.

26 Dr. Alois Zimmer (1896–1973), 1928–1933 Landrat in Stuhm (Westpreußen), Mitgründer der CDU in Trier, 1947–1957 MdL Rheinland-Pfalz (bis 1951 Fraktionsvorsitzender), 1947–1951 Regierungspräsident in Montabaur, 1951–1957 Innen- und Sozialminister von Rheinland-Pfalz, 1957–1965 MdB.

*Kaiser*²⁷ erklärte, es werde morgen davon abhängen, welchen Ton der Kanzler anschlage. Er müsse alle Probleme selbst anschneiden. Die Wahlmüdigkeit in den südwestdeutschen Ländern sei wegen der Verwirrung in der Sicherheitsfrage²⁸ entstanden. Das Volk wußte nicht mehr, was es denken sollte. Zwar habe auch die Frage Niemöller mitgespielt. Aber die Wahlen hätten auch gezeigt, daß der Föderalismus auf einem falschen Wege sei. Man könne über alle diese Dinge morgen die Diskussion nicht vermeiden. Auch der Fall Arnold müsse behandelt werden, es helfe nichts, daran vorbeizugehen.

Adenauer erklärte sich mit einer Diskussion im Parteiausschuß einverstanden, wenn sie in dem Sinne erfolge, wie Jakob Kaiser sie vorgetragen habe. Man müsse nur vermeiden, daß die ganze Diskussion aus Angriff und Gegenangriff bestehe.

Dichtel betonte, morgen kämen die Leute aus dem zweiten Glied nach Bonn und diese dürfe man nicht enttäuschen. Im Parteiausschuß müßten auch die führenden Männer auf die Parteidisziplin hingewiesen werden, auch der Ministerpräsident Arnold. Das nicht zu sagen hieße, den Sinn des Parteiausschusses in sein Gegenteil verkehren. Er trat dafür ein, bei der Forderung auf Einordnung den Ländern gewisse Freiheiten und regionale Rechte nicht zu beschneiden.

Adenauer erklärte, die Bundespartei müsse von den Landesverbänden stets gehört werden, denn jeder politische Fehler werde der Bundespartei angekreidet. Die Länderpolitik könne der Bundesregierung nicht gleichgültig sein, wie es manche Vorfälle im Bundesrat bewiesen. Selbst die eingefleischtesten Föderalisten in der Bundesregierung seien davon überzeugt, daß mit dem Grundgesetz in dieser Form fast nicht mehr zu arbeiten sei. Am schlimmsten sei der Widerstand Nordrhein-Westfalens gegen die Bundesregierung.²⁹

Bach forderte, daß der Parteiausschuß morgen dem Kanzler ein klares Vertrauensvotum im Namen der Partei gebe.

Adenauer erklärte aufs bestimmteste, er habe persönlich nichts gegen Arnold. Da aber die Auffassung von persönlichen Gegensätzen zwischen ihm und Arnold weit verbreitet sei, könne er diese Frage im Parteiausschuß nicht selbst anschneiden.

*Strickrodt*³⁰ wies darauf hin, daß in der Frage des deutschen Sicherheitsbeitrages

27 Jakob Kaiser (1888–1961), seit 1912 in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, 1924–1933 Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften für Westdeutschland, 1933 MdR (Zentrum), Mitgründer der CDU, Dezember 1945 bis Dezember 1947 Vorsitzender der CDU in Berlin und in der SBZ, 1948–1949 MdPR, 1949–1957 MdB und Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen. Vgl. KOSTHORST; NEBGEN; CONZE; Rainer SALZMANN in GRÜNDUNG S. 171–190; Josef BECKER in PORTRÄTS 1 S. 210–220.

28 Vgl. dazu ANFÄNGE 1 S. 556–570.

29 Ministerpräsident Arnold hatte in seiner Regierungserklärung vom 21. September 1950 deutlich gemacht, von Nordrhein-Westfalen aus die Arbeit der Bundesregierung über den Bundesrat beeinflussen zu wollen. Vgl. HÜWEL S. 234f.

30 Dr. Georg Strickrodt (geb. 1902), Mitgründer und 1. Landesvorsitzender der CDU Braunschweig, 1946 Wirtschaftsminister und 1946–1950 Finanzminister von Niedersachsen, seit 1954 Professor für Finanz- und Steuerrecht.

die wirtschaftlichen Grundlagen völlig ungeklärt seien. Alle Größen, die genannt würden, seien völlig vage. Man müsse aus der exakten Arbeit etwa in England und Amerika auf diesem Gebiete lernen. In der Bundespartei müßten klarere einheitliche Meinungen herausgearbeitet werden. Beispielsweise sei es unmöglich, etwa den Vorschlag Dr. Schröders zur Neuordnung in der Kohlenwirtschaft ohne Fühlungnahme mit der Bundespartei in die Öffentlichkeit zu bringen.³¹ Dr. Strickrodt plädierte für eine gründliche wissenschaftliche Fundierung der Politik innerhalb der Partei.

Adenauer wies darauf hin, daß die Bundesregierung in fünfzehn Monaten ihres Bestehens nicht alles habe schaffen können, und schnitt dann die Frage an, wie der Fall Niemöller-Heinemann³² im Parteiausschuß behandelt werden solle.

Holzappel machte Mitteilung von einem Brief Niemöllers an ihn, in dem Niemöller bat, mit einigen evangelischen Abgeordneten der Bundestagsfraktion verhandeln zu können. Dr. Holzappel habe geantwortet, er sei evtl. bereit, eine solche Besprechung zu vermitteln. Er fragte, ob es nicht gut sei, diese Frage zu diskutieren.³³

Adenauer erklärte sich gegen eine solche Besprechung, da man damit Niemöller nur neues unverdientes Ansehen verschaffe.

Von Brentano meinte, wenn der Kreis gut zusammengesetzt sei, könne solche Besprechung vielleicht fruchtbar sein.

Bach betonte, Niemöller sei nicht zu überzeugen, aber er würde die Besprechung nicht abweisen. Es müsse vom Vorstand eine Entscheidung gefällt werden.

31 Schröder hatte seine Vorschläge zur Neuordnung der Eigentumsverhältnisse in den Grundstoffindustrien mit dem Ziel der Entflechtung am 1. Dezember auf einer Pressekonferenz erläutert (Zusammenfassung in UiD vom 9. Dezember 1950). – Dr. Gerhard Schröder (geb. 1910), 1949 Mitgründer der Deutschen Wählergesellschaft und Vorsitzender des Deutschen Wahlrechtsausschusses, 1949–1980 MdB (1969–1980 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses), 1953–1961 Innenminister, 1961–1966 Außenminister, 1966–1969 Verteidigungsminister, 1955–1978 Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Vgl. Rolf WENZEL in PORTRÄTS 2 S. 171–181.

32 Dr. Gustav W. Heinemann (1899–1976), 1930 CSVD, Mitgründer der CDU, 1945–1967 Mitglied des Rats und 1949–1955 Präses der Synode der EKD, 1946–1949 Oberbürgermeister von Essen, 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1948 Justizminister, 1949–1950 Bundesinnenminister, 1952 Mitgründer der GVP, 1957 SPD, 1957–1969 MdB, 1966–1969 Justizminister, 1969–1974 Bundespräsident. – Heinemann war wegen der Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages am 11. Oktober 1950 von seinem Amt als Bundesminister des Innern zurückgetreten; eine Kirchenkonferenz der EKD hatte sich am 19. November 1950 hinter Heinemann und Niemöller gestellt. Vgl. AdG 1950 S. 2679; Gotthard JASPER in PORTRÄTS 1 S. 186–195; Dieter KOCH: Heinemann und die Deutschlandfrage. München 1972. – Zu Niemöller vgl. Anm. 16; Presseartikel und weitere Materialien in NL Ehlers ACDP I-369-007/1,2.

33 Die von Niemöller angeregte Besprechung fand am 12. Dezember 1950 in Wiesbaden statt. Von der CDU nahmen teil: Holzappel, Fratzscher, Tillmanns sowie Beyer. Holzappel betonte einleitend den „rein persönlichen Charakter der Besprechung“; sie blieb sachlich ohne Ergebnis (Protokollnotiz in NL Ehlers ACDP I-369-007/2). Vgl. auch Adenauer an Holzappel vom 8. Dezember 1950 (ADENAUER: Briefe 3 S. 322f.).

Adenauer wies auf die sich dauernd verschärfende Haltung gegenüber den Katholiken hin. Auf die Dauer könne der katholische Volksteil und auch der katholische Klerus das nicht hinnehmen.

*Schröter*³⁴ machte Mitteilung von einer Besprechung mit den evangelischen Bischöfen Schleswig-Holsteins, die der Ansicht seien, der Name Niemöller müsse aus der öffentlichen Diskussion verschwinden.

Auch *Schreiber* sprach sich gegen eine solche Besprechung aus.

Holzapfel betonte, bei dieser Frage könne nur das Parteiinteresse im Vordergrund stehen. Wenn man sich gegen die Besprechung entscheide, dann müßte man auch einen Schritt weitergehen und Niemöller völlig totschweigen.

Der Vorstand beschloß, den Publikationsorganen der Partei und allen erreichbaren Rednern zu empfehlen, den Fall Niemöller nicht mehr zu behandeln.

ORGANISATIONSFRAGEN

Bach verwies auf die Notwendigkeit, schnell eine funktionierende Organisation für die Gesamtpartei zu schaffen. Die Zweigleisigkeit der Sekretariate in Frankfurt und Köln³⁵, der Informationsblätter usw. sei nicht mehr tragbar. Nach der politischen Spitze müsse auch eine organisatorische Spitze der Partei geschaffen werden. Die beiden Sekretariate in Köln und Frankfurt müßten zum 31. Dezember auslaufen. Spätestens im März müßte die Bundesgeschäftsstelle voll arbeiten. Aber alle Organisation sei Theorie, wenn nicht die finanziellen Grundlagen gesichert seien. *Bach* legte den anliegenden Finanzierungsplan vor³⁶ und teilte dann mit, daß als Übergang für die nächsten vier Monate DM 200.000,- notwendig seien. (*Adenauer*: Ich hoffe, das wird möglich sein.) Als nächstes müsse der Etat für das nächste Jahr aufgestellt werden, der mindestens DM 42.000,- je Monat erfordere. Er schlage vor, einen Arbeitsausschuß zur Vorbereitung der Bundesgeschäftsstelle zu schaffen, bestehend aus den Herren: Kaiser, Dr. Holzapfel, Dr. Zimmer, Kiesinger³⁷ und *Bach*.

34 Carl Schröter (1887–1952), 1918 DVP, Mitgründer der CDU (Schleswig-Holstein), 1946–1951 Landesvorsitzender, 1947–1950 MdL Schleswig-Holstein (Fraktionsvorsitzender), 1948–1949 MdPR, 1949–1952 MdB.

35 In Frankfurt bestand nach ihrer Gründung seit August 1946 die Geschäftsstelle des Zwischenzonenverbindungsausschusses bzw. der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft (Generalsekretär Bruno Dörpinghaus), in Köln seit 1946 das Zonensekretariat der CDU der britischen Zone (Generalsekretär Josef Löns bzw. Herbert Blankenhorn). Vgl. Pütz S. 10.

36 Vgl. unten S. 12f. (Anlage fehlt in Vorlage; hier aus Bestand Dörpinghaus ACDP I-009-001/1).

37 Dr. Kurt Georg Kiesinger (geb. 1904), 1933 NSDAP, 1940–1945 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter und stv. Leiter der Rundfunkabteilung im Auswärtigen Amt, 1948 Landesgeschäftsführer der CDU in Württemberg-Hohenzollern, 1951–1960 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der CDU, 1949–1958 und 1969–1980 MdB (1954–1958 Vorsitzender

Adenauer hielt die vorgeschlagenen Maßnahmen für gut und bat, den Arbeitsausschuß wie vorgeschlagen zu wählen.

Zimmer regte an, Dr. Strickrodt hinzuzuziehen, der aber ablehnte.

Beschluß: Der Arbeitsausschuß wurde wie vorgeschlagen gewählt und mit den Arbeiten beauftragt.

Adenauer schlug dann vor, beide Sekretariate aufzulösen und dem Personal zum nächstzulässigen Termin zu kündigen. Der Arbeitsausschuß solle aus dem vorhandenen Personal die Auswahl für die Übernahme treffen. Der Zonenausschuß müsse noch einmal zusammentreten, um die Maßnahmen bezüglich des Zonensekretariats zu sanktionieren.³⁸ Der Arbeitsausschuß müsse eine juristische Form suchen, wie und durch wen in Zukunft Verträge im Namen der Partei abgeschlossen werden können. Ferner müsse er sich um ein Haus kümmern.

Holzapfel schilderte, wie der Landesverband Westfalen sich durch sein „Monatsblatt“ weitgehend finanziert. Wenn der Bund ähnliche Maßnahmen durchführen würde, könnten die Landesverbände Schaden erleiden. Es sei wahrscheinlich besser, die Finanzierung der Bundespartei über das „Wirtschaftsbild“³⁹ durchzuführen. Das „Wirtschaftsbild“ müsse von Herrn Dörpinghaus an die Bundespartei übergeben werden. Es sei nicht allzu schwer, eine Auflage von 500 zu erreichen, womit DM 50.000,- monatlich für die Partei gesichert seien.

Dörpinghaus erklärte, er habe das „Wirtschaftsbild“ eingerichtet, um das Generalsekretariat zu finanzieren. Im übrigen habe das „Wirtschaftsbild“ dem Zonensekretariat in diesem Jahre bereits DM 80.000,- zur Verfügung gestellt.

Holzapfel: Ich bitte, das zu Protokoll zu nehmen, damit es nachgeprüft werden kann.

Dörpinghaus fragt weiter, was mit dem Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft geschehen soll. Sollte es bestehen bleiben, dann müßten auch die Aufgaben und Kompetenzen genau umrissen werden. Er müsse, wenn er Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft bleibe, beispielsweise auch das Wort in der Fraktion nehmen können.

Adenauer betonte die großen Verdienste Dörpinghaus' um die Partei, die oft mit starken Risiken verbunden gewesen seien. Er könne es verstehen, daß Dörpinghaus das „Wirtschaftsbild“ nicht aus der Hand geben wolle, ehe seine eigene Existenz geklärt sei. Es müsse eine Verständigung möglich sein, die sowohl Dörpinghaus wie

des Auswärtigen Ausschusses), 1958–1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1966–1969 Bundeskanzler. Vgl. Begegnungen mit Kurt Georg Kiesinger: Festgabe zum 80. Geburtstag. Hrsg. von Dieter OBERNDÖRFER. Stuttgart 1984.

38 Ob diese Sitzung stattfand, ist nicht zu ermitteln.

39 Lizenz der amerikanischen Militärregierung vom 8. April 1949. Ziel war die Vermittlung von vertraulichen Informationen aus Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung sowie ihre Kommentierung durch anerkannte Experten.

der Partei gerecht werde. Er fragte, ob Dörpinghaus mit Dr. Zimmer zu konkreten Ergebnissen gekommen sei.

Zimmer sagte, er habe mit Dörpinghaus gesprochen, aber es sei nicht zu konkreten Ergebnissen gekommen. Dörpinghaus werde so lange in der Bundesgeschäftsstelle tätig bleiben mit der besonderen Aufgabe der Verbindung zur CSU, bis sich eine geeignete Verwendung für ihn außerhalb der Bundesgeschäftsstelle finde. Es müsse nun mit der CSU verhandelt werden in der Richtung, ein Sonderreferat CSU in der Bundesgeschäftsstelle einzurichten. Dies müsse aber durch einen Vertrag zwischen der CDU und CSU gedeckt werden. Dörpinghaus könne ihn vorbereiten und herbeiführen. Wenn diese Aufgabe zu Ende geführt sei, müsse eine andere Verwendung für Dörpinghaus gefunden sein.

Von Brentano schloß sich der Anerkennung für Dörpinghaus an. Es müßten aber eindeutig klare Verhältnisse geschaffen und alle Sonderwünsche zurückgestellt werden. Alle Dinge müßten einheitlich durch den Vorstand geregelt werden. Die Beschwerde Dörpinghaus', er habe das Wort in der Fraktion nicht bekommen, müsse er zurückweisen aus grundsätzlichen Erwägungen. Das Verhältnis zur CSU müsse klargemacht werden, und zwar sobald wie möglich.

Adenauer erklärte, die Frage Dörpinghaus könne nicht im Vorstand behandelt werden. Er schlage vor, daß er mit Dr. Zimmer sich um die Dinge bemühe.

Dörpinghaus erklärte, wenn er nicht Generalsekretär bleiben soll, dann müsse er das respektieren. Seine persönliche Entscheidung bitte er zurückstellen zu dürfen, bis er mit Dr. Adenauer gesprochen habe.

Zimmer berichtete, es seien Vorbereitungen getroffen, in beiden Sekretariaten in Köln und Frankfurt dem Personal zum nächsten Termin zu kündigen. Dörpinghaus habe sich damit einverstanden erklärt. Bei der Zone müsse das nun auch durchgeführt werden. Der Vorstand könne aber bezüglich des Generalsekretariats der Arbeitsgemeinschaft wohl einen Beschluß fassen, Dörpinghaus sei aber der Arbeitgeber, und man müsse ihn bitten, diesem Beschluß nachzukommen. Man sei sich darüber einig, bewährte Kräfte zu übernehmen. In Zukunft könne aber im Bundessekretariat nur arbeiten, wer sich zur CDU bekenne und nach Möglichkeit Mitglied sei.

Adenauer stellte fest, daß der Vorstand mit den von Bach und Dr. Zimmer vorgetragene Maßnahmen einverstanden ist.

Bach berichtete von den Verhandlungen über den evtl. Ankauf des Hauses in der Dahlmannstraße. Dieses sei aber zu teuer. Es erfordere DM 127.000,- für jede Hälfte, dazu mindestens DM 50.000,- Umbaukosten. Für DM 200.000,- sei aber ein neues Haus zu erstellen, was er für besser und billiger halte. Es sei erfreulich, daß mit Dörpinghaus eine gute Regelung getroffen werden könne.

Bezüglich der Finanzen müßten in Zukunft sämtliche Geldbewegungen über eine Bundesparteikasse laufen. Als zeichnungsberechtigt schlage er vor den Vorsitzenden oder einen seiner Stellvertreter gemeinsam mit dem Schatzmeister.

Auch mit dieser Regelung erklärte sich der Vorstand grundsätzlich einverstanden.

*Majonica*⁴⁰ wies darauf hin, daß in Goslar kein geschäftsführendes Vorstandsmitglied gewählt worden sei.⁴¹ Der Deutschlandrat der Jungen Union habe in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, den Abgeordneten Kiesinger für dieses Amt vorzuschlagen.⁴²

Bach bat, diese Frage zurückzustellen, bis die Partei konsolidiert sei, also etwa im März.

Kaiser schloß sich dieser Bitte an. Es sei im Interesse der Partei und auch im wohlverstandenen Interesse Kiesingers, auf der Wahl nicht zu bestehen. Wenn im Parteiausschuß der Name Kiesinger genannt werde, sei eine scharfe Diskussion nicht zu vermeiden. Kiesinger werde genauso wie Schmalz⁴³ in Veröffentlichungen mit der Ersten Legion⁴⁴ in Verbindung gebracht. Dies könne die Dinge noch verschärfen. Die Erste Legion sei neofaschistisch und atme Nazigeist. Jakob Kaiser verwies dann auf die Artikel im „Rheinischen Merkur“ nach dem Goslarer Parteitag, die er als unqualifizierbar bezeichnete.⁴⁵ Die Exil-CDU, die darin aufs ungeheuerlichste angegriffen sei, habe bisher nur mit Rücksicht auf die Berliner Wahlen

40 Dr. Ernst Majonica (geb. 1920), 1946 CDU, 1950–1955 Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands, 1950–1972 MdB, 1979–1983 MdEP.

41 Ergebnis der Vorstandswahlen auf dem 1. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Goslar, 20.–22. Oktober 1950: 1. Vorsitzender Konrad Adenauer; 1. stv. Vorsitzender Friedrich Holzapfel; 2. stv. Vorsitzender Jakob Kaiser. Weitere Mitglieder: Ernst Bach (Schatzmeister); Anton Dichtel (Stv. Fridolin Heurich); Margarete Gröwel (Frauenausschuß, Stv. Anne Marie Heiler); Werner Hilpert (Stv. Heinrich Lünendonk); Linus Kather (Ostvertriebene, Stv. Oskar Wackerzapp); Ernst Majonica (Junge Union); Stv. Johannes Albers); Wilhelm Simpfendörfer (Stv. Rudolf Vogel); Walther Schreiber (Stv. Robert Tillmanns); Carl Schröter (Stv. Ewald Samsche); Georg Strickrodt (Stv. Adolf Cillien); Alois Zimmer (Stv. Adolf Süsterhenn); Heinrich von Brentano (als Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU).

42 Der Deutschlandrat der Jungen Union tagte am 30. November 1950 in Bonn (Protokoll nicht zu ermitteln).

43 Erich Schmalz (geb. 1914), Mitarbeiter im Zonensekretariat (Köln), Mitgründer und ab September 1951 Vorsitzender der Ersten Legion, 1956 wegen Betrugs verurteilt (vgl. NRZ vom 30. August 1956). – Weitere Daten nicht ermittelt.

44 Die Erste Legion verstand sich nach Satzung als elitärer Kampfbund gegen Marxismus und Nihilismus und für ein christliches Abendland. Die Rekrutierung der „Legionäre“, die sich zu „Kameradschaft, Lauterkeit, Selbstverantwortung und Treue“ verpflichteten, erfolgte durch Kooptation. Kampf- und Informationsblatt war das Wochenblatt „Der Deutsche“. Die Distanzierung der demokratischen Parteien bedeutete 1951 das Ende der Organisation. Vgl. EUROPA-BRIEFE Nr. 53, 9. Dezember 1950 S. 8; HÜWEL S. 222.

45 Paul Wilhelm Wenger (1912–1983), seit 1948 beim „Rheinischen Merkur“, hatte in einem Kommentar zum Goslarer Parteitag die Exil-CDU, die „teils als Clique und teils als Clique in Erscheinung“ trete, als „Hemmschuh“ für den Aufbau einer tatkräftigen Organisation bezeichnet („Rheinischer Merkur“ vom 28. Oktober 1950).

geschwiegen. Der Bundeskanzler müsse im Parteiausschuß dieses Problem ansprechen.

Adenauer hält die Bedenken Jakob Kaisers wegen der Ersten Legion für übertrieben. Man solle diese Organisation erst einmal auf ihre Entwicklung beobachten. Es seien auch sehr gute Leute darin.

Kiesinger betonte, er habe nichts mit dem Vorschlag der Jungen Union zu tun. Er habe sich als geschäftsführendes Vorstandsmitglied nur auf dringende Bitten des Kanzlers zur Wahl gestellt. Er habe den Eindruck, daß von bestimmter Seite in der Partei und in der Presse gegen ihn gearbeitet werde. Er selbst habe nicht das geringste mit den Presseveröffentlichungen zu tun. Er bitte darum, im Parteiausschuß nicht von ihm zu sprechen, da er es satt habe, angegriffen zu werden, obwohl er nur im Dienst der Sache arbeiten wolle.

Adenauer teilte mit, er habe beim Staatspräsidenten Gebhard Müller⁴⁶ Auskunft über Kiesinger eingeholt, die in jeder Hinsicht denkbar günstig sei. Er würde es bedauern, wenn morgen die Debatte um Kiesinger aufs neue aufbrechen würde. Er bitte, es bei dem fünfköpfigen Arbeitsausschuß zu belassen, da die Arbeit ohnehin für einen Menschen zuviel sei.

Majonica erklärte, die Erste Legion stelle keine Ansprüche in der Jungen Union. Sie sei nicht neofaschistisch. Auch die Vertreter Berlins und der Exil-CDU in der Jungen Union hätten sich für Kiesinger ausgesprochen. Man solle nicht durch die Presse eine solche Persönlichkeit aus der CDU herausbrechen lassen.

Kaiser sagte, seine Freunde und er hielten es nicht für glücklich, wenn ein Mann in der vordersten Linie der Partei liege, der seit 1933 P.g. war und Funktionen im Dritten Reich ausgeübt habe. Er habe nichts gegen Kiesinger in der Presse veröffentlicht oder veröffentlichen lassen.

Kiesinger: Aber Dr. Bock!⁴⁷

Schluß der Sitzung gegen 21 Uhr.

ANLAGE

Finanzierungsplan

Von Herrn Regierungspräsident Dr. Zimmer und Herrn Bundestagsabgeordneten Kiesinger, unter Hinzuziehung von Vertretern des Generalsekretariats und des

46 Dr. Gebhard Müller (geb. 1900), 1946–1948 Ministerialrat und -direktor im Justizministerium Württemberg-Hohenzollern, 1947–1958 MdL Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg (CDU, 1947–1948 Fraktionsvorsitzender), 1947–1955 Vorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern, 1948–1952 Staatspräsident und Finanz- und Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, 1953–1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1953 MdB, 1958–1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

47 Dr. Josef Bock (geb. 1915), Mitgründer der CDU in Sachsen, 1947–1949 Leiter der Bildungsstätte der CDU in der SBZ in Blankenburg (Harz), 1949–1951 Geschäftsführer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (Sozialausschüsse), ab 1952 Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft Hamburg. – Pressebeitrag nicht zu ermitteln.

Zonensekretariats, ist ein Organisationsplan für die Bundesgeschäftsstelle aufgestellt worden, der bei seiner Durchführung eine monatliche Ausgabe von DM 42.000,- vorsieht. Dieser Organisationsplan wird von dem Arbeitsausschuß für die Bundesgeschäftsstelle, unter Vorsitz von Herrn Dr. Holzapfel, geprüft.

Wir würden also für die laufenden Ausgaben monatlich mit Propaganda etwa DM 75.000,- benötigen, uns aber vorläufig mit DM 50.000,- begnügen.

Zur Durchführung der laufenden Arbeiten für die nächsten vier Monate werden durch die Mitglieder des Vorstandes DM 200.000,- aufgebracht.

Vom 1. April an muß ein fester Finanzierungsplan für die Bundesgeschäftsstelle und die Landesverbände aufgestellt werden. Für die Einnahmeseite mache ich für die Bundesgeschäftsstelle nachstehende Vorschläge:

1. Herausgabe einer Reichsausgabe der Wirtschaftsbeilage des „Monatsblattes“, Einnahme für Anzeigen pro Monat etwa DM 30.000,- bis 50.000,-
2. „Wirtschaftsbild“ Auflage 500–1.000 Exemplare, je Stück und Monat DM 30,- = DM 15.000,- bis 20.000,-
3. Beiträge der Landesverbände an die Bundeskasse, pro abgegebene Stimme für die Bundestagswahl pro Jahr 2 Pfg (also pro Jahr bis DM 120.000,-), also pro Monat bis DM 10.000,-
4. 5%ige Abgabe aller Mandatsträger (Bundes- und Landesminister, Bundestags- und Landtagsabgeordneter, Landräte und Oberbürgermeister), die über DM 300,- Aufwandsentschädigung oder Diäten erhalten, dadurch Monatseinnahme bis DM 10.000,-.

Ich bitte, diese Vorschläge zu überprüfen, damit in der nächsten Parteiausschußsitzung die entsprechenden Beschlüsse gefaßt werden können.

gez. E. Bach
Schatzmeister der CDU Deutschlands